

werden am 5. November zu beweisen haben, ob sie sich der Bedeutung dieser Kämpfe bewußt geworden sind. Gelingt es dem Bürger, den Sieg zu erringen, dann wird sein Einfluß auf die Gestaltung unserer gesamten Wirtschaftspolitik so entscheidend sein, daß mit einem weiteren Sinken der Lebenslage des Proletariats gerechnet werden muß.

Aber das ist nur eine Seite der Entwicklung, wie sie durch die Bewegung der Preise gegeben ist. Steigen die deutschen Warenpreise über das Weltmarktniveau, dann muß notwendigerweise jede Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren schwinden, was wiederum dann im Innern des Landes den vollständigen Zusammenbruch der Hochkonjunktur, massenhafte Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend für das Proletariat bedeutet. Daß wir diesem Stadium der Entwicklung immer näher kommen, zeigt nachstehende Entwicklung der Preise, die der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik entnommen sind.

Vereinigte Staaten = 100.

Zeit	Weizen	Schmalz	Kaffee	Baumwolle	Oliven	Rapsöl	Stroh
1921							
Januar	33	101	255	105	77	104	146
Februar	37	131	248	112	88	105	138
März	38	116	249	110	97	106	136
April	43	127	249	106	91	102	—
Mai	40	132	283	107	93	105	188
Juni	87	131	229	107	85	103	179
Juli	39	121	212	109	82	104	189
August	108	180	189	106	84	104	190
September	82	124	158	115	68	104	154
Oktober	77	134	138	108	45	104	125
November	67	122	121	105	35	103	71
Dezember	80	131	175	108	78	102	167
1922							
Januar	90	128	191	109	80	102	167
Februar	90	122	207	107	77	103	178
März	95	111	175	108	70	103	158
April	96	119	178	107	82	102	173
Mai	91	113	184	104	78	102	123
Juni	103	114	184	110	78	87	104
Juli	95	119	159	111	57	102	88
August 1. Woche	88	—	—	113	46	102	—
2. "	93	122	—	110	44	104	—
3. "	94	131	178	111	34	99	24
4. "	93	109	—	113	26	102	—
Sept. 1. "	96	127	—	114	37	107	—
2. "	97	137	189	111	52	105	72
3. "	92	129	—	113	50	104	—

Diese Zahlen zeigen, wie der Weizen, der Anfang 1921 einigermassen noch den Papiergeldwerten entsprach, von Woche zu Woche den Weltmarktpreisen angeht. Schmalz, Kaffee, befinden sich schon längst über dem Niveau der Weltmarktpreise, Baumwolle steigt immer mehr und, wie oben zur Darstellung kam, in den letzten Wochen so außerordentlich, daß binnen kurzem mit einem vollständigen Zusammenbruch der Textilindustrie Deutschlands gerechnet werden muß, um so mehr, da die Kaufkraft im Innern des Landes mit der vollständigen Entwertung der Wähne beinahe ganz gewichen ist. Charakteristisch ist die Entwicklung der Preise für Eisen und Kohle. Die Preise dieser Produkte haben sich von dem Stande, der Anfang 1921 zu verzeichnen war, dauernd herab entwickelt. Der deutsche Eisenpreis betrug nach der vorstehenden Aufstellung in der dritten Septemberwoche etwa die Hälfte der Weltmarktpreise, und trotzdem wurde gerade in den letzten Tagen aus den Großmontan-gebieten Deutschlands, aus dem Rheinland und Westfalen, gemeldet, daß einzelne Betriebe starke Einschränkungen vorgenommen hätten. Trotz des niedrigen Eisenpreises hat die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Eisenindustrie stark abgenommen. Diese Tatsache bedeutet weiterhin, daß wir auf diesen Gebieten in Deutschland weiterhin mit außerordentlich starken Preissteigerungen zu rechnen haben, ebenso auf dem Gebiet des Kohlenmarktes. Die vorstehenden Ziffern zeigen mit aller Deutlichkeit, daß wir unmittelbar vor dem eigentlichen Einsetzen der Krise stehen, daß das Elend der Arbeiterschaft in diesem Winter maßlos werden wird, daß entwertete Wähne in Verbindung mit Massenarbeitslosigkeit das Existenzminimum der Arbeiterklasse weiterhin senken werden. Mit dem Schwinden der deutschen Konkurrenzfähigkeit besteht sich die Konjunktur der andern großindustriellen Staaten, wie aus nachstehender Zusammenstellung zu ersehen ist:

Bewegung der Arbeitslosigkeit

Monat	Deutschland	England	Belgien	Frankreich	Dänemark	Schweden	Norwegen	Spanien
1922-April	0,9	17,0	8,8	11,4	24,0	28,8	25,4	10,4
Mai	0,7	16,4	7,0	10,5	18,1	23,3	21,4	7,4
Juni	0,8	15,7	6,0	9,5	13,2	20,5	16,5	5,3
Juli	0,6	14,6	5,3	9,4	12,9	19,8	11,9	—
Aug.	0,7	14,4	4,1	9,2	11,1	—	—	—

Wenn die deutschen Zahlen auch noch einen außerordentlich niedrigen Stand zeigen, so ist doch in den letzten Wochen eine außerordentlich starke Verstärkung auf dem Arbeitsmarkte zu verzeichnen gewesen. Insbesondere in den Zweigen der graphischen Industrie zeigte sich starker Mangel an Aufträgen, aber auch die übrigen Produktionszweige zehren nur noch an Bestellungen, die binnen kurzem aufgearbeitet sein werden, da angesichts der Entwicklung der deutschen Preise schwerlich Bestellungen aus dem Ausland kommen werden. Damit wird die Passivität der deutschen Handelsbilanz noch verhängnisvoller werden, wenn nicht endlich im Innern des Reiches eine aktive Wirtschafts- und Währungs-politik getrieben wird, der freilich alle bürgerlichen Parteien den größten Widerstand entgegenstellen.

Der 5. November muß den bürgerlichen Parteien des ganzen Reiches zeigen, daß die Arbeiterschaft diesen verhängnisvollen Schandrian nicht mehr dulden will.

### Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

WZB. berichtet: Wie bereits vor mehreren Tagen mitgeteilt worden ist, werden mit Rücksicht auf die katastrophalen Preissteigerungen die Gütertarife der Reichsbahn am 1. November um 50 Prozent erhöht. Die Meldung eines heutigen Abendblattes, daß eine weitere Erhöhung der Gütertarife um 100 Prozent vom 1. Dezember ab beabsichtigt sei, ist aus der Luft gegriffen. Die weitere Entwicklung der Gütertarife hängt durchaus von der heute noch nicht zu überschenden weiteren Preisentwicklung ab. Anscheinend handelt es sich bei der Meldung um eine Verwechslung mit den Personentarifen der Reichsbahn. Diese werden am 1. November um 100 Prozent und am 1. Dezember um weitere 100 Prozent erhöht und zwar, um eine Angleichung der Personentarife an die Gütertarife der Reichsbahn anzubahnen.

### Aktivität der Reichsbolschewisten.

Ein Aufruf Lubendorfs.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.) In einem Aufruf, der wie manches andere zeigt, daß bei den rechtsradikalen Gruppen gesteigerte Aktivität herrscht, sagt Lubendorff, die Behauptungen, daß politische Nordanschläge in der letzten Vergangenheit liegen, von der er eine Weberaufklärung Deutschlands erhoffe, gehörte zu jenen Lügen, durch die wegen ihres erzieherischen und vaterländischen Wirkens nur nahegehende Verbände, z. B. der Verein nationaler Soldaten, der jungdeutsche Orden, dem Geleitz zum Schutz der Republik zum Opfer gefallen sind. Man sollte endlich wissen, daß ich ein Nordanschlag oder Gewaltakt gegen Männer auf verantwortlichen politischen Posten, auch wenn ihr Wirken dem Belangen des Vaterlandes zuwiderlaufend erscheint, als eine Verleumdung gegen die Weberaufklärung desselben betrachte. Diese Männer sind Träger eines Systems, zu dessen Bekämpfung, auch wenn es selbst seine Macht gewalttätig mißbraucht, andere Mittel dienen. Hierbei steht für mich an erster Stelle die Einigkeit der nie weit genug reichenden vaterländisch fühlenden Kreise und ihr geschlossenes, zielstrebendes, kraftvolles Wollen und Handeln in der Erkenntnis ihrer Pflicht, Belangen des entscheidenden Einflusses auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und ethischem Gebiet, vor jeder Selbstsucht der Parteien, von Verbänden und des einzelnen.

Der Vorwärts sagt dazu, daß die Verbände, denen Lubendorff nahesteht, mit demselben Recht verboten seien, mit dem sein „Lieber Günther“ im Buchhaus Rbe. Trotzdem sei das Treiben dieses von Stillest gestagten und von triebhaftem Betätigungsdrang erfüllten Mannes eine Gefahr. Die Republik hätte schon längst die Kraft finden müssen, ihn einzusperren, was er für seine Beteiligung an Rapp-Buß ohne weiteres verdient hätte. Jetzt sieht er sich in München, habe aber das Verlangen, wieder einmal ganz zufällig um 6 Uhr früh beim Brandenburger Tor spazieren zu gehen, schwerlich aufgegeben.

## 800 Millionen M. für das Braut-Geschenk!

Das Volk hungert — Bürger Hohenzollern verschwendet!

Wenn am 5. November die Wähler Sachsens an die Wahlurne treten, wird der kaum erst vermittelte Bürger Hohenzollern in Doorn seine zweite Frau zum Altar führen. Obwohl in den monarchistischen Blättern spaltenlang über die Not des Ausreihers orakelt wird, betätigt er sich noch ganz in dem Geiste des Verschwenders, der das deutsche Volk an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Bürger Hohenzollern hat bei mehreren Juweliersfirmen in Berlin den Brautschmuck für seine kommende Frau in Auftrag gegeben, über den folgendes berichtet wird:

„Das Hauptstück des Schmuckes bildet ein Brillantdiadem, das aus nicht weniger als 700 Brillantsteinen zusammengesetzt ist. Von diesen wiegen die kleinsten ein halbes Karat, die Hauptsteine sind von erstklassiger Pracht und Größe. Ober- und Unterteil des Diadems sind aus Platin, dem teuersten Metall, das zur Zeit den vielfachen Wert des Goldes hat, gearbeitet. Außerdem gehören zu dem Schmuck ein Kragen und ein Paar Ohrringe, diese aus Feinsilber gearbeitet, aber gleichfalls mit kostbaren Diamanten besetzt. Der Wert des Diadems allein wird von Fachleuten auf 800 Millionen Mark geschätzt.“

800 Millionen für ein Brautgeschenk, 800 Millionen, damit sich die zweite Frau des Verschwenders mit Brillanten, in Platin und Gold gesägt, behängen kann.

Währenddessen leidet das deutsche Volk bitterste Not. Millionen von Kriegesopfern, Kriegserwitwen und Kriegervaisen hungern. Sie sind nicht imstande, das zum Leben unbedingt notwendige Brot zu erwirtschaften, während aber, der Hauptschuldige an dem Elend, verschwendet fast eine Milliarde Mark, um seinem Größenwahn weiter zu fröhnen.

Das deutsche Reichsbudget steht vor dem vollständigen Zusammenbruch, der Bürger Wilhelm, der 800 Millionen übrig hat für das Brautgeschenk, keine zweiten Frau, hat bisher vollständig vergessen, für die Einkünfte seiner Güter in Deutschland auch nur einen einzigen Pfennig Steuern zu bezahlen. Dafür verschleudert er Milliardenwerte nach dem hochkapitalistischen Holland. Was aber kümmert den letzten der deutschen Wagnantiner das Elend seines Volkes? Was kümmert ihn, wenn alle die am Hungertuche nagen, denen er durch seine Größenwahnsucht den Vater, den Ernährer raubte?

Die bürgerlichen Parteien, die Stinnespartei und die Deutschnationalen, sind Vertreter dieses monarchistischen Systems, das etwas Derartiges erwidelt.

Wähler Sachsens, wolt ihr, daß durch eine Rückkehr des monarchistischen Systems derartige Zustände von neuem möglich werden?

Das kann nicht einer Witz sein! Daher notiert am 3. November gegen die Verschwendungssucht der Monarchisten, votiert für die republikanische Staatsverfassung, deren alleinige konsequente Vertreterin die Vereinigte Sozialdemokratische Partei ist. Ihre Spitzenlandboten lauten:

## Lipinski-Hagen-Frau Schilling!

### Zur bayerischen Ministerkrise.

Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, steht der Rücktritt des Grafen Verhensfeld nunmehr fest. Eine offizielle Mitteilung an den Landtagspräsidenten dürfte schon in den nächsten Tagen erfolgen. Nach der Münchner Zeitung sollte das Rücktrittsgesuch bereits im Laufe des Dienstags übergeben werden. Wie die Münchner Neuesten Nachrichten mitzuteilen wissen, hat der Staatsrat Dr. Meyer im bayerischen Justizministerium, der von der Deutschen Volkspartei als Nachfolger des Grafen Verhensfeld als Ministerpräsident in Aussicht genommen war, ersucht, von seiner Person für die Wahl als Ministerpräsident Abstand zu nehmen.

### Wirkungen des Papierwuchers.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Germania, das Berliner Zentrumsorgan, erscheint von heute ab nur noch einmal täglich, und zwar abends, zum Preise von 300 M. monatlich.

### Hermes' Prozeß gegen die Freiheit.

SPD. Am Dienstagvormittag begann vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I Berlin der Prozeß des Reichswirtschaftsministers Dr. Hermes gegen die Freiheit. Der Streitgegenstand ist bekannt. Es handelt sich um die Weinbeschlüsse des Reichsfinanzministers Dr. Hermes. Berichtiger des Angeklagten, des früheren Freiheit-Redakteurs Robert Hensel, sind Rechtsanwalt Dr. Levi und Rechtsanwalt Dr. Boenheim. Verteidiger von Dr. Hermes ist Dr. Lisberg, hiesiger Anwalt, der den Prozeß Hensel'sch gegen Erberger führte.

Zu Beginn der Verhandlung versuchte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Rehn, einen Vergleich herbeizuführen. Dieser Versuch mißlang. Redakteur Hensel erklärte, daß er die volle presserechtliche Verantwortung für die unter Anklage gestellten Artikel übernehme. In einer Erklärung, die unmittelbar danach Redakteur Hensel verliest, wird besonders mit Nachdruck hervorgehoben, daß der springende Punkt des Falles darin liege, ob ein Beamter Geschenke annehmen dürfe oder nicht.

Zunächst dreht sich die Verhandlung um die Frage der Zustellung. Dr. Hermes erklärt, das bis zum Dezember 1920 übliche System der Zustellung habe versagt, und deshalb seien schließlich die Klagen der Winger direkt an die Reichsbehörden gelangt. Unabhängig von den Eingaben des Wingerverbandes habe eine Aussprache im Reichstage mit Vertretern der Winger und rheinischen Abgeordneten stattgefunden, die den Anstoß zu einer Veränderung des Zustellungssystems gegeben habe. Rechtsanwalt Dr. Levi fragt nun Dr. Hermes, ob der Wingerverband der erste Verband gewesen sei, an dem man das neue System erprobt habe. Dr. Hermes antwortet ausweichend; die Eingaben des Wingerverbandes seien geschäftsmäßig behandelt worden. Schließlich stellt sich das Frage- und Antwortspiel soweit zu, daß Dr. Levi an Hermes die Frage richtet, ob er bei jener Aussprache im Reichstage am 17. Dezember und bei der nachfolgenden Sitzung am 18. Dezember, als der Umwandlung zum neuen Zustellungssystem erfolgte, an keine Weinbeschlüsse gedacht habe. Dr. Hermes wird über diese Frage etwas erregt. Er verneint die Frage.

Nach der Mittagspause kommt die Verhandlung auf die Frage der Weinbeschlüsse. Bei verschiedenen Fragen des Vorsitzenden an den Reichsfinanzminister kommt es zu peinlichen Augenblicken, so z. B., als der Vorsitzende betont, er finde es eigenartig, daß Dr. Hermes sich von einem höheren Beamten private Angelegenheiten (Weinbeschlüsse) erledigen lasse. Der Ton, den der Direktor des Tierärztlichen Wingerverbandes in seinem Briefe Dr. Hermes gegenüber anzuschlagen beabsichtigte, wird vom Vorsitzenden als „plump verträglich“ charakterisiert.

Die Frage über den Handelswert und die Produktionskosten der gekelterten Weine bringt für Dr. Hermes bestemmende Augenblicke. Bisweilen wendet er sich, vor den Fragen Dr. Levis und Boehnelms flüchtend, hilfsuchend an den Vorsitzenden, der jedoch darauf besteht, daß die eine oder andere Frage dieser beiden Verteidiger des Freiheit-Redakteurs beantwortet wird. In die Enge getrieben, gibt Dr. Hermes zu, daß er nie mehr so gungläubig bei derartigen Anlässen handeln werde, wie er es in der Weinlieferungs-Affäre getan habe. Nach wie vor bestreitet er, daß ihm das Bewußtsein, verdächtige Geschenke empfangen zu haben, völlig gefehlt habe. Zum Schluß des ersten Verhandlungstages erinnert Rechtsanwalt Dr. Boehnelm Herrn Hermes daran, daß er in dem Prozeß des Ministerpräsidenten Braune gegen die Magdeburgerische Zeitung im Gegensatz zu seinem eigenen Verhalten in der Weinlieferungs-Affäre erklärt habe, ein Minister dürfe in der Öffentlichkeit auch nicht einmal den Anschein erwecken, daß etwas nicht mit rechten Dingen zugehe.

### Die Lage in Italien.

Unter der Herrschaft Mussolinis.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das Ministerium Mussolini hat gestern dem König den Eid geleistet. Die italienische Kammer wird wahrscheinlich am 15. November wieder eröffnet. Das Regimentskommando ordnete die Demobilisierung an und forderte die Legionäre auf, nach Hause zu gehen und in Ruhe die Arbeit aufzunehmen.

Die italienische Presse teilt mit, daß der erste Erfolg Mussolinis sich in einem Steigen der Wra ausdrückte.

Nach dem Berliner Tageblatt betonte der König wiederholt, daß die Facta den Befehlungsstand ohne seine Erlaubnis und gegen seinen Willen proklamiert habe.

Die erste Tat der neuen Regierung soll nach einer offiziellen Meldung folgende sein: Neuordnung des Heeres, Aufnahme finanzieller Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, Veranlassung einer Siegesfeier am 4. November.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erfährt, hat die schweizerische Botschafterin den seierzeit gegen Mussolini erlassenen Ausweisungsbefehl wegen Landesverrats und Landesverweigerung zurückgenommen. Der italienische Botschafter in Paris teilte telegraphisch die Niederlegung seines Amtes mit, er erklärte sich aber bereit, den neuen Botschafter in Paris abzuwarten, falls die Regierung Mussolini das wünsche.

Paris, 31. Oktober. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Rom läuft dort das Gerücht um, daß Mussolini mit den italienischen Truppen gefangen gesetzt worden wäre und von Mussolini mehrere der früheren Regierung angehörige Staatsmänner zu verhaften und vor den Staatsgerichtshof zu bringen beabsichtigt. Von der italienischen Botschaft in Berlin werden diese Gerüchte nicht der Wahrheit entsprechend bezeichnet.

### Mussolini an die Alliierten.

Rom, 31. Oktober. Mussolini sandte an Poincaré und Bonar Law eine Depesche, in der er den Regierungschefs der befreundeten Nationen herzlichste Grüße übermittelte und das Vertrauen ausdrückte, daß bei Erfüllung seiner Aufgabe Italien die Solidarität der alliierten Nationen erhalten werde, die er für die Wirksamkeit ihres politischen Handelns unerlässlich halte. Auch an Lord Curzon sandte Mussolini eine Begrüßungsdepesche. — Bei einem Empfang von Pressevertretern im Laufe des gestrigen Tages erklärte Mussolini, daß die auswärtige Politik des neuen Kabinetts fest und ohne Schwanken und von Empfindungen unabhängiger Freundschaft zu den Alliierten geleitet sein werde.

### Rücktritt des Grafen Sforza.

Paris, 31. Oktober. Der italienische Botschafter Graf Sforza hat dem neuen Ministerpräsidenten Mussolini sein Rücktrittsgesuch überreicht. In dem Telegramm an die italienische Regierung erklärt er, er hege die freundschaftlichen Gefühle für die neue Regierung; aber in der Außenpolitik, die eine Politik, aber nicht einfach eine Summe von Gefühlen und Empfindlichkeiten sei, habe alles seinen Zusammenhang.

### Kein Generallstreik.

Rom, 1. November. (ZL) Nachdem sich die Arbeiterschaft in Mailand gegenüber einem Generallstreik abgewandt verhielt, erließ nun auch der Allgemeine Gewerkschaftsbund an die Arbeiterschaft die Aufforderung, dem Aufruf der kommunistischen Gewerkschaftskommission zum Generallstreik nicht Folge zu leisten. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund forderte die Arbeiterschaft vielmehr auf, sich ruhig zu verhalten und Vertrauen in die Zukunft zu haben.

### Weitere Zusammenstöße.

Rom, 30. Oktober. In Bologna und Verona ist es zu Zusammenstößen zwischen Faschisten und Polizei gekommen. Ein Unteroffizier der faschistischen Garde und drei Faschisten wurden getötet, ein Unteroffizier verwundet. In Genua haben die Faschisten das Haus der Eisenbahngewerkschaft in Brand gesetzt.